

V3 Faire Mieten und sorgenfreies Wohnen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 29.04.2025
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Wohnen kostet ein ganzes Vermögen, denn die Mietpreise in Hamburg sind drastisch
2 gestiegen. Viele Hamburger*innen bezahlen die Hälfte ihres Nettoeinkommens für
3 die Miete ihrer oft zu kleinen Wohnung. Obwohl unbezahlbare Mieten alle
4 Hamburger*innen hart treffen, sind junge Menschen besonders betroffen. Während
5 Wohnungskonzerne wie die SAGA im Jahr 2023 1.300 Euro Gewinn pro Wohnung
6 einfahren, zweifeln junge Menschen daran, ob sie es sich überhaupt leisten
7 können, zu Hause auszuziehen. Dabei hängt die Möglichkeit, eine Wohnung zu
8 mieten, vom Einkommen ihrer Eltern ab. Unabhängigkeit? Fehlanzeige!
- 9 Wohnen stellt die größte soziale Frage der jungen Menschen dar. Deutlich mehr
10 als die Hälfte der jungen Menschen machen sich Sorgen um bezahlbaren Wohnraum.
11 Für Student*innen und Azubis ist es nicht möglich, ihr Geld für einen neuen
12 Laptop, für die Mitgliedschaft im Gym oder den Wocheneinkauf auszugeben, weil am
13 Monatsende so schon nichts übrig bleibt. Doch bereits vor der Studien- oder
14 Ausbildungsplatzwahl überlegen sich viele junge Menschen in Hamburg, ob sie es
15 sich überhaupt leisten können, nicht direkt ins Arbeitsleben zu starten. Es
16 fehlt an Chancen, uns weiterzubilden und beruflich zu verwirklichen. Dass die zu
17 hohe Miete der Grund dafür ist, wollen junge Menschen nicht länger hinnehmen.
18 Mieten sollte keine Belastung sein, denn Wohnen ist ein Grundrecht.
- 19 Daher müssen wir uns die Kontrolle über unsere eigenen vier Wände
20 zurückerkämpfen. Das gelingt nur, indem wir die Mietnot von allen Seiten
21 bekämpfen!
- 22 1. Wir fordern die Vergesellschaftung von profitorientierten
23 Wohnungskonzernen mit über 3000 Mietwohnungen bundesweit. Damit eine
24 nachhaltige Entlastung von Mieter*innen erreicht werden kann, müssen wir
25 von der Profitlogik des Wohnens wegkommen. Dass wir unseren persönlichen
26 Schutzraum mit diesen Wohnungskonzernen blind teilen, verleitet die
27 Wohnungskonzerne unseren Schutzraum zu verletzen. Die
28 gemeinwohlorientierte Vergesellschaftung sorgt dafür, dass die Einnahmen
29 aus Mieten nicht für Spekulationen oder Profitausschüttungen, sondern für
30 dringend benötigte Neubauten oder Sanierungen genutzt werden. Wir stellen
31 sicher, dass unser knappes Geld für uns wieder verwendet wird!
 - 32 2. Wir fordern eine gerechte Verteilung von neuem Wohnraum. Der Bau neuer
33 Wohnungen in Hamburg geht voran. Das Ziel von 10.000 neuen Wohnungen wurde
34 erreicht. 3.000 Wohnungen werden als Sozialwohnungen vermietet. Das ist
35 nicht genug. Für uns ist klar: Niedrige und mittlere Einkommen sollen für
36 die Miete nicht mehr als ein Drittel ihres Nettoeinkommens ausgeben
37 müssen. Deshalb brauchen wir mindestens 5.000 Wohnungen mit langfristiger
38 Sozialbindung.
 - 39 3. Wir fordern adäquaten Schutz vor Vermieter*innen. Junge Menschen sehen
40 sich dem guten Willen ihrer Vermieter*innen ausgesetzt. Vermieter*innen

- 41 erzielen enorme Umsätze, während wir den letzten Cent für ein WG-Zimmer
42 ausgeben. Es braucht weitreichende Instrumente, um sich vor der Willkür
43 der Vermieter*innen schützen zu können.
- 44 • Schutz vor Eigenbedarfskündigungen: Besonders bei Eigenbedarfskündigungen
45 besteht eine große Schutzlücke zu lasten von Mieter*innen. Die
46 Eigenbedarfskündigung wird gezielt als Instrument zur Einschüchterung von
47 Mieter*innen benutzt, um sie an der Durchsetzung ihrer Rechte zu hindern.
48 Die Eigenbedarfskündigung soll ein sozial-adäquates Instrument werden. Wir
49 fordern die Verlängerung der Kündigungsfristen auf sechs Monate, die
50 Einführung einer Sperrfrist für Eigenbedarfskündigungen nach Erwerb einer
51 vermieteten Wohnung, eine Mindestanforderung an die Intensität des
52 Eigenbedarfs und eine erleichterte Durchsetzung von gesetzlichen
53 Ansprüchen bei vorgetäushtem Eigenbedarf.
 - 54 • Die Senkung der Kappungsgrenzen: Kappungsgrenzen stellen die Grenze der
55 Mieterhöhungen bei Bestandsmieten dar. Sie liegt in Hamburg bei 15%. Wir
56 fordern die Absenkung der Kappungsgrenzen auf 3,5%, um der Endlosspirale
57 der Mieterhöhungen zu entkommen. Außerdem fordern wir, dass die
58 Kappungsgrenze auch bei Indexmieten eingeführt wird.
 - 59 • Die Bekämpfung von Mietwucher: Wir fordern stärkere Sanktionen für
60 Mietwucher. Bisher müssen die Mieter*innen nachweisen, dass sie ausgenutzt
61 werden. Um diese Hürde zu umgehen, fordern wir die Beweislast von
62 Mieter*innen zu objektivieren und somit an vergleichbare Wohnungen zu
63 koppeln. Bisher müssen Vermieter*innen eine Geldbuße von 50.000 Euro
64 zahlen. Wir fordern eine Geldbuße von 100.000 Euro.
 - 65 • Die Kosten bei Abschluss eines Mietvertrags beenden: Nach Abschluss des
66 Mietvertrags fallen oft Kosten in Höhe von bis zu 500 Euro an. Wir finden,
67 es sollte kein Geld kosten, einen Mietvertrag zu schließen. Schluss mit
68 der Abzocke beim Vertragsschluss!
 - 69 • Die kostenlose Mieter*innenberatung: Viele junge Menschen sehen sich mit
70 dem Mietrecht überfordert. Oft gibt es nicht die Möglichkeit, sich
71 umfassend mit dem Rechtsweg auseinanderzusetzen. Um besser vor dem
72 nächsten Brief der Vermieter*innen gewappnet zu sein, fordern wir eine
73 kostenlose Mieter*innenberatung in allen Bezirken.
- 74 4. Wir fordern den bundesweiten Mietendeckel. Seit das
75 Bundesverfassungsgericht den Mietendeckel in Berlin gekippt hat, ist die
76 Bundesebene für weitere Entscheidungen zuständig. Der Bund hat jetzt die
77 Möglichkeit, einen Mietendeckel einzusetzen. Der Hamburgische Senat soll
78 sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass der bundesweite Mietendeckel
79 kommt. Das Einsetzen des bundesweiten Mietendeckels würde die dramatische
80 Entwicklung der Mietpreise sofort stoppen.
- 81 5. Wir fordern Wohnungslosigkeit konsequent zu bekämpfen. Wohnungslose
82 Menschen brauchen einen Schutzraum, in den sie sich zurückziehen können.
83 Der beste Weg aus der Wohnungslosigkeit ist eine Wohnung.
- 84 • Wir fordern ein bedingungsloses Housing First-Konzept in Hamburg. Anstatt
85 in Notunterkünften zu bleiben, brauchen wohnungslose Menschen einen

- 86 Mietvertrag. Dieser muss bedingungslos sein, um echte Sicherheit zu
87 gewährleisten. Dazu fordern wir eine individuelle Betreuung und
88 finanzielle Unterstützung für diese Personen.
- 89 • Außerdem braucht es endlich ein Ende von Zwangsräumungen. Zu oft werden
90 Menschen aus einer sicheren Wohnung geräumt und rutschen in die
91 Wohnungslosigkeit ab. Wenn die Gefahr der Wohnungslosigkeit besteht, darf
92 keine Zwangsräumung durchgeführt werden. Armut ist kein Naturgesetz!
 - 93 • Besonders FLINTA*-Personen sind von Wohnungslosigkeit bedroht. FLINTA*-
94 Personen in Wohnungslosigkeit sind überdurchschnittlich häufig betroffen
95 von sexualisierter Gewalt und Zwangsprostitution. Zudem ist für sie der
96 Zugang zu Hilfsangeboten mit zusätzlichen Hürden verbunden, sodass z.B
97 häufig schon der Zugang zu Periodenprodukten nicht gewährleistet ist.
98 FLINTA*-Personen brauchen sichere Orte und Schutzräume, um sich vor Gewalt
99 schützen zu können. Wir fordern eine gezielte Förderung von FLINTA*-
100 Personen bei der Verteilung der Housing First-Projekten.

Begründung

Erfolgt mündlich